

# op'n Kiewief\*

Einblicke in (extrem) rechte Strukturen in Hamburg





## **Hinweis!**

Diese Broschüre setzt sich explizit mit (extrem) rechten Ideologien, Strukturen und Aktivitäten auseinander. Dabei werden diese benannt und beschrieben, aber auch kontextualisiert und analysiert. Zusätzlich werden verschiedene Formen (extrem) rechter Gewalttaten thematisiert.

Bei Leser\*innen können diese Themen verletzende / negative Gefühle, Erinnerungen und Reaktionen auslösen.

An dieser Stelle wollen wir auf die Beratungsstellen für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hinweisen:

**<https://verband-brg.de/>**

<b>Intro</b>	<b>05</b>
<b>NPD bleibt NPD In der Hansestadt bleibt die älteste rechtsextreme Partei auf ihrem Kurs</b>	<b>07</b>
<b>Interview Hamburg vernetzt gegen Rechts</b>	<b>12</b>
<b>„Fels in der Brandung des Zeitgeistes“ Rechtsextreme Studentenverbindungen an der Elbe</b>	<b>18</b>
<b>Radikale Systemaussteiger Reichsbewegte und Querdenkende in der Hansestadt</b>	<b>24</b>
<b>Keine feine Gesellschaft Seit über 60 Jahren bewegt sich die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ jenseits konservativer Wertvorstellungen</b>	<b>32</b>
<b>Interview Hamburger Bündnis gegen Rechts</b>	<b>38</b>
<b>Was tun? Was tun!</b>	<b>44</b>
<b>Impressum</b>	<b>46</b>

Die Gefährlichkeit (extrem) rechter Ideologien und Personengruppen wurde Ende 2023 erneut deutlich, als vor dem Landgericht ein Prozess wegen eines rassistisch-motivierten Mordversuchs geführt wurde. Der Täter schoss durch die geschlossene Haustür seiner muslimischen Nachbarin und wurde dafür zu sieben Jahren Haft verurteilt. Solch eine Tat ist bei weitem kein Einzelfall in Hamburg. Vielmehr gibt es eine lange Geschichte rechter und rassistischer Übergriffe und Anschläge. Eindrücklich aufbereitet wird diese Thematik in der Ausstellung „Rechte Gewalt in Hamburg von 1945 bis heute“, die zwischen Januar und Februar 2024 in der Diele des Hamburger Rathauses gezeigt wird. Rund um diese Ausstellung wird es diverse Begleitveranstaltungen geben.

Vielleicht sind einige Leser\*innen beim Durchblättern der Broschüre auch verwundert: Die (extremen) Rechten prägen kaum noch, wie in den 1980/90er Jahren mit Springerstiefel, Glatze und Bomberjacke das Straßenbild. Sie haben ihr Auftreten stark an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst und suchen, nicht nur inhaltlich, sondern auch durch Inszenierung verstärkt den Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft und dortige Diskurse. Dies zeigen z.B. die seit 2015 anhaltenden rassistischen Mobilisierungen oder derzeitige Debatten gegen sexuelle Selbstbestimmung, Vielfalt und Gendergerechtigkeit zeigen. Auch wenn es weiterhin noch subkulturelle (extrem) rechte Strukturen, wie Nazi-Hooligans, Rechtsrocker, Kampfsportler oder klassische „Kameradschaften“ und andere Gruppierungen gibt, so treten diese in Hamburg selten noch öffentlich in Erscheinung und spielen für die Wirkmächtigkeit der (extremen) Rechten sowie deren Versuche gesellschaftliche Diskurse nach rechts zu rücken kaum noch eine Rolle.

Wir sind der Überzeugung, dass Zivilgesellschaft und Aktivist\*innen, die sich in vielfältiger Form für eine starke demokratische Kultur einsetzen, auch das Wissen über die (extreme) Rechte brauchen, um diese nachhaltig und offensiv bekämpfen zu können. Die Broschüre möchte ihren Teil dazu beitragen. Sie richtet sich vor allem an Menschen, die sich bisher nicht intensiv mit der Thematik beschäftigt haben und die einen aktuellen und niedrigschwiligen Zugang zum Thema suchen. Dazu wird schlaglichtartig auf aktuelle Erscheinungen der (extremen) Rechten, ihre Inhalte, Personen und Aktivitäten geschaut. Ein Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei nicht. Wenn ein Interesse besteht, tiefer in die Materie einzusteigen, gibt es eine Vielzahl von Archiven und Webseiten, die weiterhelfen können. Eine Auswahl haben wir am Ende der Broschüre aufgeführt.

Wenn es Informationen oder Anmerkungen gibt, die mit uns geteilt werden sollen, freuen wir uns über eine Kontaktaufnahme.

**[info@bildungsarbeit.org](mailto:info@bildungsarbeit.org)**

Dezember 2023

## In der Hansestadt bleibt die älteste rechtsextreme Partei auf ihrem Kurs

Eine Partei, zwei Namen? Am 3. Juni 2023 fiel im sächsischen Riesa die Entscheidung: Die Parteimitglieder beim Bundesparteitag der „Nationaldemokratischen Partei Deutschland“ (NPD) beschlossen die Umbenennung in „Die Heimat“. Eine Mehrheit von 77 Prozent stimmte für den neuen Namen der ältesten rechtsextremen Partei Deutschlands. Die Entscheidung hatte vor allem der Bundesvorsitzende Frank Franz vorangetrieben. Er hielt einen Neustart nach schlechten Wahlergebnissen und aufgrund sinkender Mitgliederzahlen für dringend geboten. Ein erster Versuch zur Umbenennung war ein Jahr zuvor gescheitert und auch nun folgten nicht alle Landesverbände dem Beschluss. Auf der Webseite von „Die Heimat“ finden sich unter der Rubrik „Vor Ort“ einzelne Landesverbände – doch keiner für Hamburg.<sup>1</sup>

Die NPD an der Elbe präsentiert sich weiterhin als NPD.<sup>2</sup> Wenige Tage nach der Umbenennung folgte am 18. Juni die offizielle Erklärung: „Es ist vollbracht. Als vermutlich erster Verband ist der Landesverband Hamburg aus der ‚Die Heimat‘ ausgeschieden“, erklärte die Landesstruktur um den Vorsitzenden Lennart Schwarzbach. Mehrere Mitglieder hätten „im Vorfeld und auf der Veranstaltung geäußert, daß sie ‚keine Sekunde‘ ihrer Lebenszeit für eine, anschlussfähige Anti-Parteien-Familie‘ aufbringen“ wollten.<sup>3</sup>

In den vergangenen Monaten war der Landesverband kaum medial präsent, was aber nicht bedeutet, dass er nicht aktiv war. Am 6. Oktober 2023 berichtet die Partei auf ihrer Webseite von „erneuten Aktionen“ unter dem Motto „Nein zum Heim“. In den Reichsfarben – schwarz-weiß-rot - gehaltene Plakate seien in den „entlegensten Stadtteilen“ angebracht worden. Die rassistische Botschaft: „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt – Keine Asylantenheime hier oder anderswo!“. Auf der Webseite führt die Partei weiter aus: „Jetzt haben auch die Bewohner in den gutbürgerlichen Vierteln die Nase voll von den immer wieder beschwichtigenden Aussagen der Politiker. ‚Asyl‘-Heime sind eben alles andere als eine Bereicherung für die Anwohner“.<sup>4</sup>

Erneut versucht der Landesverband, die in der Mitte der Gesellschaft vorhandenen Sorgen und Ängste vor Zuwanderung für seine Propaganda zu nutzen. Die NPD schürt hierbei schon mit der zynischen Wortwahl „Bereicherung“ die Befürchtungen, die sie dann weiter verdichtet: „Migration bedeutet auch Drogenkriminalität, Vergewaltigung und Mord“. Dann wird gefordert: „Ausländerrückführungsprogramm statt Integrationsirrsinn!“.

Solche rassistischen und menschenverachtenden Darstellungen von und Forderungen für die Migra-

<sup>1</sup> <https://die-heimat.de/Vor-Ort> (gesehen: 08.10.2023)

<sup>2</sup> [http://npdhamburg.de/Seiten/Startseite.php?&width=1878&height=948:](http://npdhamburg.de/Seiten/Startseite.php?&width=1878&height=948) (gesehen: 08.10.2023)

<sup>3</sup> [http://npdhamburg.de/Seiten/Bundespartei.php?&width=1878&height=923:](http://npdhamburg.de/Seiten/Bundespartei.php?&width=1878&height=923) (gesehen: 08.10.2023)

<sup>4</sup> [http://npdhamburg.de/Seiten/Bericht.php?Bericht=1060&width=1878&height=948:](http://npdhamburg.de/Seiten/Bericht.php?Bericht=1060&width=1878&height=948) (gesehen: 08.10.2023)

tions- und Asylpolitik teilen auch andere Parteien rechts von der Union. So sagte der Hamburger AfD-Kandidat zur Europawahl 2024, Michael Schumann, in seiner Bewerbungssprache, er sei Teil der „letzten Generation (...) junger Europäer“, die sich nicht gefallen lassen wolle, eine „Minderheit im eigenen Land“ zu werden. Einwanderung bedeute: kein Wochenende ohne „Messerstecherei, Schießerei und Vergewaltigung“. Der Flugzeugbauer Airbus solle endlich „Pläne für die Remigrationsflotte“ vorlegen. Die Rückführung sei nötig, um die „europäische Völkerfamilie, das deutsche Volk“ rechter Ideologie nach zu schützen.<sup>5</sup>

Die Ex-NPD wies im eigenen Interesse schon öfter darauf hin, dass ihre Forderungen kopiert würden und warnte, es sei besser, das Original zu wählen.<sup>6</sup> Mit der Gründung der AfD 2013 begann der Niedergang der NPD. Sie verlor Landtagsmandate, Mitglieder und Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Aus diesem Grund versucht die Führung von „Die Heimat“ sich neu als „Anti-Parteien-Bewegung und patriotischer Dienstleister“ aufzustellen und anzubieten. Dass die NPD in der Hansestadt diesen Kurs nicht mitgehen will, ist nicht überraschend. Der Verband mit rund 90 Mitgliedern teilt schon länger nicht die geplante Ausrichtung des Bundesvorstandes, zu den ärgsten Kritikern gehört der Hamburger Vorsitzende Lennart Schwarzbach. In einer Veröffentlichung, die der Landesverband seit 2020 herausbringt, fanden sich immer wieder Meinungsbeiträge gegen die Umstrukturierung.

In der 2022 erschienenen Ausgabe 14 bediente der Verband auch das szenetypische Narrativ von der angeblichen Ermordung des Stellvertreters Adolf Hitlers, Rudolf Heß.<sup>7</sup> Heß, im Jahre 1946 in den Nürnberger Prozessen gegen die Hauptkriegsverbrecher zu lebens-

langer Haft verurteilt, beging 1987 im Kriegsverbrechergefängnis Berlin-Spandau Suizid. Bis heute begründet besonders Heß' Bekenntnis in seinem Schlusswort vor Gericht – „Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln, (...) wie ich handelte“ – einen Heldenmythos. Am 21. August 2023 beteiligte sich die Hamburger NPD am jährlichen Heß-Marsch der „Kameradschaft Rheinhessen“. In Kaiserslautern liefen sie unter dem Motto „Mord verjährt nicht – Recht auf Rache“ auf. Schwarzbach hielt eine Rede, ebenso wie die früheren Hamburger Szenegrößen Christian Worch und Thomas Wulff.<sup>8</sup> Hamburg haben die beiden Kader schon länger verlassen. Worch führt heute die Kleinstpartei „Die Rechte“ an, die keine Strukturen an der Elbe angibt, Wulff verließ 2016 die NPD. Noch 2014 hatte er den Hamburger Landesvorsitz inne, kritisierte aber schon damals, dass der Kurs der Bundes-NPD einer „seriösen Radikalität“ letztlich „politischer Verrat“ sei. Nicht ohne zu betonen, dass „viele Hamburger Parteimitglieder“ von Personen- und Postengescharre angewidert seien.<sup>9</sup> Im selben Jahr beschloss der Bundesvorstand, Wulff aus der Partei auszuschließen, der Landeschef schien zu radikal. Dagegen wehrte dieser sich jedoch erfolgreich mit dem Credo: „Keine weitere Entnazifizierung der NPD!“ Wenige Wochen später hob das Landesschiedsgericht der Partei den Rauswurf auf. Diese Personaldebatte verdeutlicht bis heute die Positionen - der Landesverband Hamburg gehört zu den radikaleren Verbänden. Wulff war auch nicht der einzige, der sich der Partei aus einer verbotenen Organisation („Nationale Liste“) und dem Netzwerk der „Freien Kameradschaften“ anschloss. Einzelne Aktivisten kamen auch aus dem „Hamburger Sturm“, den die Hamburger Innenbehörde 2000 verbot.

Die staatlichen Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie führten

<sup>5</sup> <https://taz.de/Europa-Kandidat-der-Hamburger-AfD/!5951012/>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>6</sup> <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2016/NPD-und-AfD-Original-und-Kopie-,afdnpd100.html>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>7</sup> Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2022, Hamburg, 2023, S. 102.

<sup>8</sup> <http://npdhamburg.de/Seiten/Bericht.php?Bericht=1053&width=1878&height=948>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>9</sup> Thomas Wulff: „NPD am Boden – Eine Partei zerstört sich selbst!“, Altermedia, 24.04.2013.



beim Landesverband zu eingeschränkten öffentlichen Aktionen und parteiinternen Events. Einzelne Funktionsträger\*innen und Mitglieder reihten sich allerdings bei den Protesten gegen die Coronamaßnahmen ein. Dabei trugen sie keine Parteifahnen und verteilten auch keine Flyer, dennoch fielen sie antifaschistischen Initiativen und Journalist\*innen auf. Die anschließende Kritik an den Organisator\*innen, dass diese Rechtsextremist\*innen duldeten, führte aber zu keiner Abgrenzung.<sup>10</sup> Die Bundespartei startete über die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ auch eine Kampagne unter dem Motto „Finger weg von unseren Kindern – Nein zur Impfpflicht“.<sup>11</sup> Mit dem Kampagnen-Material trat die NPD in der Hansestadt bei Aktionen gegen die Coronamaßnahmen auf.<sup>12</sup>

Die NPD unterstützte zudem eine Unterschriftensammlung der „Volksinitiative ‚Schluß mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung‘“.<sup>13</sup> Sie sucht auch weiterhin die Nähe zur Bevölkerung mit klassischen Methoden – von Flugblattverteilungen bis zu Infoständen in den Stadtteilen. Nach eigener Darstellung würden die Rechtsextremist\*innen dabei, wie in Bramfeld, ins Gespräch mit Anwohnenden kommen. „Interessierte“ würden sich bei ihnen am Stand beklagen, dass die „deutschen gefallenen Soldaten im Zweiten Weltkrieg“ nicht geehrt würden und dass „sogenannte ‚Flüchtlinge‘ (...) in teurer Kleidung durch die Einkaufsstraßen spazieren“.<sup>14</sup>

Zu dieser Strategie des Kümmerns gehört auch das Engagement in Vereinen. So spielte Parteichef Schwarzbach jahrelang Fußball beim Sportverein TuS Appen. Seit 2015 bemühte sich der Verein um den Ausschluss des NPD-Kaders, schließlich gelang dies vor dem Landgericht Itzehoe. Den Antrag, den Parteichef auszuschließen, hatten Spieler der Herrenfußballmannschaft gestellt.<sup>15</sup> Im Verein

habe Schwarzbach zwar keine offensive politische Agitation betrieben, sagte der Abteilungsleiter des TuS Appen damals der taz, doch wenn man ihn „direkt darauf angesprochen hat, kam allerdings was“. Der NPD-Verband bildet eine Gesinnungsgemeinschaft mit nicht nur rassistischen Ressentiments und nationalsozialistischen Affinitäten. Auf der Webseite findet sich auch die Motiv-Kampagne „Wir glauben an Deutschland!“: Hinter „wir glauben“ folgen neben themenbezogenen Bildern weitere menschenverachtende Bekenntnisse von „... ans Abschieben. Die anderen an eine, gesteuerte Zuwanderung“ über „... unseren Ahnen. Die anderen der Lügenpresse“ bis „... an unsere Gemeinschaft, die anderen an Liberalismus oder ‚Multikultur‘“.

Auf der Webseite heißt es weiterhin: „Wir unterstellen den heutigen ‚Volksvertretern‘, dass sie nur die Vorgaben von Lobby und Hochfinanz ohne jede Prüfung abnicken. Ihre derzeitige Aufgabe besteht (...) im bestmöglichen Vermarkten der von fremden Mächten vorgegebener Anweisung (Fehler im Original)“<sup>16</sup>. Die Begriffe verdeutlichen die Radikalität: „Hochfinanz“ steht im antisemitischen Jargon synonym für das „Judentum“, „fremde Mächte“ kann ebenfalls so verstanden werden. Bei der NPD implizieren solche „Mächte“ aber auch die USA. Im Kontext des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine erklärte der Landesverband, dass die „westlichen Alliierten der Ukraine“ das Land „auf Konfrontationskurs gegenüber Rußland gebracht“ hätten. Schwarzbach hält Russland und den USA vor, mit dem Krieg vor allem „gegen unser Deutsches Reich und damit gegen alle Deutschen“ weiter vorzugehen.<sup>17</sup>

<sup>10</sup> <https://www.mopo.de/hamburg/entsetzen-ueber-neonazi-block-bei-corona-de-mo-in-barmbek/>, und <https://taz.de/Impfgegner-Demo/!5827007/>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>11</sup> <https://deutsche-stimme.de/nein-zur-impfpflicht/>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>12</sup> <https://taz.de/Coronaproteste-an-Schulen/!5833962&s=speit+NPD/>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>13</sup> <http://npdhamburg.de/Seiten/Genderquatsch.php?&width=1878&height=923>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>14</sup> <http://npdhamburg.de/Seiten/Bericht.php?Bericht=1057&width=1878&height=948>: (gesehen: 08.10.2023)


<sup>15</sup> <https://taz.de/Gericht-bestaetigt-Vereinsausschluss/!5636595&s=speit+Lennart/>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>16</sup> <http://npdhamburg.de/Seiten/Glaubenan-Deutschland.php?&width=1878&height=948>: (gesehen: 08.10.2023)

<sup>17</sup> <https://taz.de/Debatte-um-Ukraine-Krieg/!5836621/>: (gesehen: 08.10.2023)

RECHTEN  
TERRORE  
BEKÄMPFEN





Am 12.10.2019 demonstrierten rund 2000 Aktivist\*innen in Hamburg gegen rechten Terror und Antisemitismus. Anlass für die Demonstration war der rassistische und antisemitische Anschlag in Halle am 9.10.2019, bei dem ein mutmaßlich Rechtsextremer mit Waffen versuchte in eine Synagoge einzudringen und danach zwei Menschen erschoss, einen davon in einem Döner-Imbiss.

***„Ich kann  
in meinem direkten  
Umfeld einfach  
Gegenrede üben,  
wenn problematische  
Dinge erzählt werden.“***

**Hamburg vernetzt gegen Rechts**

### > Welche Veränderungen innerhalb rechter Strukturen nehmt ihr in den letzten Jahren wahr?

Seit einigen Jahren ist bekannt, dass rechte Strukturen dezentraler geworden sind, eher netzwerk- und bewegungsförmig, als klassisch in festen Organisationen strukturiert. Das macht es schwerer, bestimmte Akteur\*innen klar zuzuordnen, verantwortlich zu machen und rechtsstaatlich zu verfolgen. Dass Agitation, Mobilisierung und Radikalisierung sich ins Netz und dort in die Sozialen Medien verlagert haben, ist mittlerweile auch bekannt. Durch die verbreitete Nutzung Sozialer Medien haben sich Dynamiken, die wir durchaus schon länger kennen, stark beschleunigt und globalisiert. Das bedeutet, dass rechte Bewegungen viel stärker weltweit vernetzt sind und ihre Trends, Themen und Narrative sich viel schneller verbreiten lassen. Es gibt dabei eine gewisse Arbeitsteilung: Es gibt die geistigen Brandstifter:innen und diejenigen, bei denen der Hass zu Gewalt wird. Das können am Ende einzelne Personen sein, die nicht im klassischen Sinne in rechten Strukturen organisiert sind, aber dennoch aus diesen (virtuellen) Zusammenhängen heraus agieren. Diese Verbindungen sind scheinbar aber wesentlich schwerer (rechtsstaatlich) zu erfassen. Auch werden bestimmte „extreme“ Positionen, wie z.B. die Ablehnung der BRD, als vermeintliche Diktatur, anschlussfähiger in Teilen der Gesellschaft, die sich nicht als rechts einschätzen würden und auch nicht klassischerweise als rechts eingestuft werden würden.

### > Welche Rolle spielt dabei die Tatsache, dass sich rechte Einstellungen immer mehr in der Mitte der Gesellschaft verbreiten?

Dass Versatzstücke rechter Ideologien in der Mitte der Gesellschaft, also in der gesamten Gesellschaft vorhanden sind, zeigen die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung seit 2006. Nur beobachten die Autor:innen der Studie, dass Menschen in den aktuell erlebten globalen Krisen dabei sind, sich auch politisch neu zu positionieren, so dass Menschen, die sich als Mitte der Gesellschaft verstehen und auch so positioniert sind, vermehrt rechte Einstellungen teilen. Sollte sich da das Mehrheit-Minderheiten-Verhältnis verändern, ist das eine große Gefahr für die Demokratie - größer als die Gefahr, die von den sogenannten extremen Rändern der Gesellschaft ausgeht. Auch Krisen hat es schon immer gegeben, doch erleben wir gerade eine Verdichtung verschiedener Krisenphänomene, die uns alle (unterschiedlich stark) betreffen. Das bietet Anknüpfungspunkte für rechte Narrative und Radikalisierung. Leider sehen wir, dass erlebte oder befürchtete Krisenkonsequenzen zu oft eher zu Abgrenzung, unsolidarischem Verhalten und Sehnsucht nach der vermeintlich guten alten Zeit führen, als zur Aufbruchsstimmung, zu positiver Veränderung und mehr Solidarität.

### > **Haben diese Entwicklungen Auswirkungen auf eure Arbeit?**

Wenn „extreme“ Positionen, wie die absolute Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, der Medien, der Wissenschaft keine Randphänomene mehr sind, sondern mehrheitsfähiger werden, müssen wir uns fragen, inwieweit hier noch Konzepte von Prävention funktionieren können. Wenn in einem Workshop kein Konsens darüber besteht, dass wir – bei aller legitimen Kritik – in einer Demokratie leben, dann wird es schwer, hier zu Themen wie geschlechtlicher Vielfalt, Antirassismus, Antisemitismus, etc. zu arbeiten. Also zumindest schwierig mit den bekannten Methoden der politischen Bildung und der Prävention gegen rechte Einstellungen. Wie schon beschrieben, beschleunigen Soziale Medien die Verbreitung von rechten Narrativen. Dazu kommt gezielte Einflussnahme auf Inhalte sozialer Medien durch Propaganda und Fake News, die darauf abzielen, Hass zu schüren und zu spalten. Es ist immer leichter ein Fake Fact in die Welt zu setzen, als diesen dann mühsam und mit validen Belegen zu widerlegen. Hinzu kommt, dass es einen generationalen Gap gibt zwischen einem Großteil der Sozialarbeiter:innen, Lehrer:innen, Pädagog:innen, die z.B. TikTok einfach doof finden und Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die sich ein wichtiger Teil ihres Alltags dort abspielt, die viel Zeit auf diesen Apps verbringen und dadurch ihrem Einfluss stark ausgesetzt sind. Ich bekomme meistens gar nicht mit, was gerade Trends sind auf TikTok und welche krassen menschenverachtenden Inhalte gerade verbreitet werden. Ich bekomme problematische Inhalte in der Regel erst dann mit, wenn sie jemand für mich auf einer App, auf der ich eher unterwegs bin, aufbereitet hat. Da komme ich dann also auch gar nicht wirklich hinterher.

### > **Was kann eine demokratische Zivilgesellschaft gegen diese Entwicklungen machen? Und was braucht diese, um das zu tun und von wem?**

Grundsätzlich sollten wir uns als Individuen, als Einrichtungen mit unseren eigenen Werten, unserer Haltung auseinandersetzen: Welche Ideale leiten uns? In welcher Gesellschaft möchte ich zukünftig leben? Und dafür müssen wir einstehen und auf Krisenphänomene mit Solidarität antworten, anstatt mit Verteilungskämpfen und Sozialdarwinismus. Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist, wie das ja zurzeit oft formuliert wird, liegt es nahe, enger zusammenzurücken, Brücken zu bilden und über Differenzen hinwegzusehen. Aber nicht um jeden Preis. Manchmal kann Solidarität auch heißen, sich solidarisch zu zeigen mit denjenigen, die marginalisiert sind, die vielleicht nicht sichtbar sind und auch mal klare Kante gegen rechte und unsolidarische Positionen zu zeigen.

### > Wie kann ich mich ganz konkret hier in Hamburg gegen rechts engagieren?

Ich kann in meinem direkten Umfeld einfach Gegenrede üben, wenn problematische Dinge erzählt werden. Dann geht es weiter von lokalen Initiativen, die sich gegen rechte Umtriebe in ihrer Nachbarschaft engagieren, z.B. Ich kann mich im Betrieb engagieren, in der benachbarten Geflüchtetenunterkunft oder in hamburg-weiten Initiativen, wie z.B. dem Hamburger Bündnis gegen Rechts. Es gibt auch immer wieder den Versuch, rechter oder verschwörungsideologischer Zusammenhänge Mitbestimmungsstrukturen zu besetzen und darüber die eigene Agenda zu pushen. Das haben wir beispielsweise bei der Schöffenwahl dieses Jahr gesehen. Das passiert aber auch in Betriebsräten, der freiwilligen Feuerwehr, dem Sportverein, der Elternvertretung in Kita und Schule. Wir sollten uns hier nicht unsere demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten nehmen lassen, sondern selbst aktiv mitgestalten.

---

**„Wir agieren seit 2008 als Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Hamburg (BNW) - und weil das so lang ist, sind wir jetzt: Vernetzt gegen Rechts. Wir koordinieren, bündeln und vernetzen Hamburger Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus und rechte Einstellungen engagieren. Wir tragen dazu bei, dass dieses Engagement und die hiesigen Angebote dazu sichtbar sind. Außerdem informieren wir zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungserzählungen.“**

<https://vernetztgegenrechts.hamburg/>

H \* | Hamburg  
X → | vernetzt  
          | gegen Rechts



KEINEN F  
GEHEINSAM GEGE

TT



Nach der Wahl von FDP-Politiker Kemmerich zum Ministerpräsident von Thüringen durch Stimmen von AfD und CDU gingen bundesweit Menschen gegen den „Schulterschluss“ auf die Straße. Auch in Hamburg demonstrierten am 07.02.2020 zum zweiten Mal Menschen gegen den „Schulterschluss“ von FDP und CDU mit der AfD. Rund 1500 Menschen zogen unter dem Motto „Keinen Fußbreit: Gemeinsam gegen Faschismus“ vom Hauptbahnhof zu den Parteizentralen von CDU, AfD und FDP in Hamburg.

USSBREIT  
N FASCHISMUS

# „Fels in der Brandung des Zeitgeistes“

---

## Rechtsextreme Studentenverbindungen an der Elbe

Hohe Zäune, Überwachungskameras, starker Stacheldraht und ein massives Eingangstor: Das Haus der „Hamburger Burschenschaft Germania“ (HBG) in Marienthal gleicht einer Festung. Die pflichtschlagende Studentenverbindung ist eine geschlossene Gemeinschaft. Ihre Mitglieder verstehen sich selbst als „Fels in der Brandung“. Ihr Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ lässt Interpretationsspielraum.<sup>1</sup> Im Jahr ihres hundertjährigen Bestehens ließ der Männerbund auf Lebenszeit aber keine inhaltlichen Spekulationen aufkommen: „Bist du deutscher Student und es regt Dich auf, daß Deine ‚Kommilitonen‘ an der Uni nahezu allesamt Bahnhofs-Willkommen-Klatscher, Klima-Hysteriker und Deutschland-Hasser sind? Das treibt Dir die Zornesröte ins Gesicht und Du suchst Gleichgesinnte, die sich nicht dem Zeitgeist beugen? Begriffe wie Ehre, Freiheit und Vaterland sind für Dich keine Schimpfworte?“, fragte die Burschenschaft auf Facebook rhetorisch und antwortete selbst: „Dann könnte Hamburger-Germanen-Potential in Dir schlummern...“<sup>2</sup>. Nicht bloß, dass die Burschenschaft nur von „Kommilitonen“ schreibt, deutet deren Positionen an. Mit der Anfeindung von Menschen, die Geflüchtete begrüßen, sich um den Klimawandel sorgen und die NS-Verbrechen nicht vergessen wollen, offenbart sich die Weltanschauung. Seit Jahren bewegt sich die Bur-

schenschaft im extrem rechten Milieu.

In dem einstöckigen, gelb verputzten Gebäude in der Jüthornstraße ist die HBG aber noch nicht lange ansässig. Über Jahrzehnte unterhielten die Burschenschaftler in der Sierichstraße ihr Verbindungshaus und standen biertrinkend auf dem Balkon, an dem eine Deutschlandfahne flatterte. Im Juni 2022 fiel auf, dass an der Tür der Name fehlte und am Briefkasten ein Zettel mit dem Hinweis „!!!Verzogen!!!“ und „Nachsendeauftrag beachten“ klebte. Die HBG hatte das feine Winterhude verlassen. Den Auszug hatten engagierte Anwohner wegen des Lärms eingeleitet.

Die Germanen feiern gerne burschenschaftliche Events mit viel Bier und lautem Gesang. Bei Facebook postete die Burschenschaft ein Meme, das ihre Feierkultur andeutet: Ein historisches Bild von ihrer „ersten Weihnachtskneipe“ 1919, ergänzt mit der aktuellen Botschaft „Das ist sooo Deutsch“, zeigt Männer im burschenschaftlichen Look und Trinkutensilien.<sup>3</sup> 2016 wurde aktenkundig, dass im Verbindungshaus laut „Heil Hitler“ gegrölt wurde.<sup>4</sup> Schon zwei Jahre zuvor führten Beschwerden der Nachbarschaft wegen Ruhestörungen zu Polizeieinsätzen. Die Alten Herren, ehemalige Studenten der Burschenschaft, die das Geld auch für den Unterhalt des Hauses auf-

<sup>1</sup> [https://www.instagram.com/germania\\_hamburg/?hl=de](https://www.instagram.com/germania_hamburg/?hl=de): (gesehen: 30.10.2023)

<sup>2</sup> <https://www.facebook.com/GermaniaHamburg/>: (gesehen: 30.10.2023)

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/GermaniaHamburg/>: (gesehen: 30.10.2023)

<sup>4</sup> Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2017, Pressefassung, 19. Juli 2018, S. 151.

bringen, gerieten unter Handlungsdruck. Organisiert im Altherren-Verband (AHV) versuchten sie, die jungen Burschenschaftler etwas zu zügeln, doch wohl nur mit mäßigem Erfolg. 2019 warben die „Germanen“ für einen „Norddeutschen Heimatabend“ mit dem Slogan „Wer sich erinnern kann, war nicht dabei ...“. Neben einer „Reichsgründungsfeier“ wurde vor Gericht auch ein Verstoß in der Nacht vom 20. auf den 21. April 2018 aufgelistet – dem Geburtstag Adolf Hitlers. Die Folgen: Insgesamt kamen Ordnungsgelder für Verstöße von 12.000 Euro zusammen. Die Kosten des Verfahrens für acht Verstöße musste der Altherren-Verband tragen. Hätte er sie nicht beglichen, wäre der Vorsitzende für 48 Tage in Haft gekommen. Vor Gericht führte der AHV an, dass die verlangte Sicherheit von 80.000 Euro für den Fall von weiteren Verstößen die Weiterführung der Burschenschaft gefährde. Das Vertrauen in den eigenen Nachwuchs schien da schon gesunken zu sein, sodass der Auszug beschlossen wurde.<sup>5</sup> Im Oktober 2023 löste der Besuch der Germanen in einer Kneipe auf St. Pauli im Rahmen ihres „Norddeutschen Heimatabends“ antifaschistischen Protest aus.

Die Veranstaltungen der Germania beschränken sich aber nicht nur auf Trinkgelage. „Die Mensur schlagende Verbindung will auch die politische Einstellung festigen“, sagt Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts. So waren der geschichtsrevisionistische deutsche Autor Gerd Schulze-Rhonhof oder der islamfeindliche Schriftsteller Akif Pirinçci als Referenten angekündigt. Kontakte zur NPD bestanden. Die Germanen luden auch Aktivisten der „Identitären Bewegung“ (IB) in ihr Haus ein. Mehr noch: 2015 boten sie dem rechtsextremen Netzwerk an, bei ihnen an Wehrsportübungen teilzunehmen. Die Aktivitas, jene „Germanen“, die noch studieren, schrieben damals: „Werte IBler, wir haben bei uns auf dem Haus bereits rund

10 Einheiten Selbstverteidigungs- und Fitness-Training absolviert, um unsere Wehrkraft zu erhalten/ zu stärken.“ Die IB könne zukünftig einen Trainingsraum im Burschenschaftshaus kostenlos nutzen und auch für einen gut bekannten Trainer aus dem Türstehermilieu der Reeperbahn sei gesorgt.<sup>6</sup> Dieser Trainer war Personenschützer des ehemaligen Innensenators Ronald Schill, der mit seiner „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (Schill-Partei) eine rechtspopulistische Position vertrat und durch harte Law-and-Order Politik auffiel. 2018 gehörte der Trainer zum Organisationsteam der „Merkel-muss-weg“-Demonstrationen, an denen AfD- und NPD-Anhängende teilnahmen. Ein prominenter Redner war der frühere Spiegel-Redakteur Matthias Matussek, der darüber witzelte, dass die Presse bei dem Protest auf die rechtsextremen Verstrickungen hingewiesen hatte. „Von Hintermännern und Hintermännern von Hintermännern, von Reichsbürgern und NPD, grusel, grusel“, scherzte er und meinte, alles Lüge, aber mit System.<sup>7</sup> Im Korporierten-Milieu stellte Matussek auch seine Bücher vor. Im März 2018 las er bei der Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock. Ein kurzes Video von nicht einmal fünf Minuten dokumentiert die Lesung von Matussek,<sup>8</sup> der sich in den vergangenen Jahren mit seinen Vorhaltungen gegen Political Correctness-Debatten oder Gender- und Klimawandel-Diskussionen immer weiter nach rechts bewegte.

Die Tradition der Studentenverbindungen, von Landsmann- und Burschenschaften, Corps, Sängers- und Turnerschaften reicht weit zurück in die Geschichte. Dieses Korporationswesen hat unterschiedliche Bräuche hervorgebracht. Hervorzuheben sind die Unterscheidungen zwischen schlagenden und nicht schlagenden Verbindungen sowie zwischen Farben tragenden und nicht Farben tragenden. Schlagende Verbindungen tragen die sogenannten Mensuren (Fechtkämpfe)

<sup>5</sup> Vgl.: <https://taz.de/Burschenschaft-Germania-zieht-weg/!5858220/>: (gesehen: 30.10.2023)

<sup>6</sup> <https://www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2017-02/identitaere-bewegung-hamburg-rechtsextremismus/>: (gesehen: 30.10.2023)

<sup>7</sup> <https://taz.de/!5489983/>: (gesehen: 30.10.2023)

<sup>8</sup> [https://www.facebook.com/landsmannschaft.mecklenburgia/videos/matussek-jetzt-live/1982413205121754/?locale=de\\_DE](https://www.facebook.com/landsmannschaft.mecklenburgia/videos/matussek-jetzt-live/1982413205121754/?locale=de_DE): (gesehen: 31.10.2023)

aus, Farben tragende Verbindungen zeigen durch ihre Farben (vor allem der Schärpen und Mützen), welcher Verbindung sie angehören. Trotz der Vielfalt eint nahezu alle Verbindungen das Lebensbundprinzip und das Männerbündische. Nicht alle dieser Verbindungen sind rechts-extrem, sie pflegen jedoch überwiegend einen elitären Dünkel, verbunden mit antifeministischen Positionen und patriotischem Pathos. Die oft beschworene „alte Burschenherrlichkeit“ – die Hochzeit der Verbindungen – lag zwischen den Jahren der Reichsgründung 1871 und dem Nationalsozialismus 1933. In der frühen Burschenschaftsbewegung spiegelten sich in der Ablehnung der französischen Fremdherrschaft von 1808 bis 1815 die progressiven und reaktionären Tendenzen der damaligen gesellschaftlichen Mitte wider. Die Crux: die Ideen der Aufklärung aus Frankreich waren eng mit der Besetzung des späteren Deutschen Reichs verbunden. Letztlich, schreibt der Sozialwissenschaftler Gerhard Schäfer, hätten sich „nicht die demokratische, sondern die restaurativ-chauvinistische Richtung des nationalen Denkens als herrschende Ideologie“ durchgesetzt, „die mit der Großmachtpolitik Frankreichs gleichzeitig das Land der bürgerlichen Revolution und der modernen Zivilisation bekämpfte“, fasst Schäfer<sup>9</sup> zusammen. Den Wendepunkt markierte 1806 Johann Gottlieb Fichte mit seiner „Rede an die deutsche Nation“. Darin macht der Philosoph Humanismus, Pluralität und Liberalität als undeutsch aus. Diesen angeblich fremden Werten stellt er ein „inneres Wesen“ und einen „höheren Patriotismus“ des Deutschen entgegen.<sup>10</sup> Aus dieser Position wird ein rational begründeter Verfassungsstaat dem sogenannten deutschen Wesen als feindlich gegenüberstehend ausgemacht. Dieses elitär-exklusive Verständnis erfährt mit dem 1881/82 gegründeten „Allgemeinen Deputierten-Convent“ (ADC) einen weiteren radikalen Auftrieb. Der Dachverband machte sich für eine „Judenreinheit“

der Burschenschaften stark. Beim Eisenacher Burschentag 1896 folgte ein formaler Satzungsänderungsantrag, dass „jüdische Reichsbürger“ nicht „als Deutsche zu betrachten“ seien. Mit einer Resolution wurde sich gegenseitig versichert, dass beim ADC „auch in Zukunft die Burschenschaften in ihrer ablehnenden Haltung gegen die Aufnahme jüdischer Studierender einmütig zusammenstehen werden“, wie Dietrich Heither und Alexander Kurth schreiben.<sup>11</sup> Dieses historische Erbe dürfte bei einzelnen Studentenverbindungen die aktuelle Abwehr von Emanzipation und Egalität, Liberalismus und Diversität begründen.

In dieser Tradition steht die Burschenschaft Germania an der Elbe nicht allein. Die Landsmannschaft Mecklenburgia-Rostock hatte sicher nicht ohne Grund Matussek eingeladen. Sie dürfte seine Verachtung gegen „die Gutmenschen“ und die „Systempresse“ teilen. Bereits 1993 erklärte der Verfassungsschutz Hamburg, dass die Mecklenburgia „zumindest rechtsextremistisch beeinflusst“ sei. Enge Kontakte bestehen auch zur „Germania“, die der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht erwähnte. Die „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“ zählte der Verfassungsschutz ebenso in einem Bericht auf. In der Öffentlichkeit stand diese Verbindung gerade durch Recherchen des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ immer wieder in der Kritik. Das Bündnis wies drauf hin, dass die Chattia 2013 zu einer Mensurform geladen hatte, bei der auch Minderjährige gegeneinander mit stumpfen Säbeln antreten konnten. Zu der „Hatz“ kam Björn Neumann, NPD-Kandidat zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2011.<sup>12</sup> Auf ihrer Webseite erklärt die Chattia, der Jugendliche ab 16 Jahren beitreten können, dass sie sich „gegen die vielfachen Ausprägungen des Zeitgeistes“ wende. Keine Überraschung. Sie fordert „Männer, die bereit sind, ihr ‚ICH‘ hinter die Gemeinschaft zurückzustellen und

<sup>9</sup> Vgl. Der. / Michael Gehler / Dies. / Gerhard Schäfer: Blut und Paukenboden – Ein Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main, 1997

<sup>10</sup> Johann Gottlieb Fichte: Reden an die deutsche Nation, Leipzig, o. J. S. 66 u. 239f.

<sup>11</sup> Dietrich Heither / Alexander Kurth: Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten. In: Der. / Michael Gehler / Dies. / Gerhard Schäfer: Blut und Paukenboden – Ein Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt am Main, 1997, S. 58 u. 72f.

<sup>12</sup> <https://taz.de/!471712/>: (gesehen: 31.10.2023)

die bereit sind, die ewigen Ideale Deutschlands zu leben“<sup>13</sup>. Echte Männer, wahre Kämpfer verehrt nicht minder auch die Landsmannschaft Mecklenburgia. Am 50. Jahrestag der Kapitulation bei Stalingrad, 1993, legten sie am umstrittenen Kriegerdenkmal für das 76er Regiment in Hamburg einen Kranz nieder. Später bei einer weiteren Veranstaltung zu diesem Jahrestag sprach ein Alter Herr der Landsmannschaft über die beispiellose „Opferbereitschaft“ und beklagte diesen mangelnden Idealismus bei der jungen Generation.<sup>14</sup>

Auch 30 Jahre später trieb die Frage nach der Wehrhaftigkeit einen weiteren Alten Herrn der Landsmannschaft um. Im Dachverband „Coburger Convent“ (CC), dem die Mecklenburgia angehört, stritt man sich, wie die Messuren in der Öffentlichkeit dargestellt werden sollten. Der Idee, von einem „Extremsport“ zu sprechen, widersprach der Alte Herr. Eine Mensur sei kein Freizeitsport und das Duellieren schule in erster Linie die Wehrhaftigkeit. Die Idee, beim Fechten besser von einer „kampf- und körperbetonten Sportart“ zu sprechen, kam ihm fast wie ein Werteverrat vor. Ohnehin hielt er eine „Anpassung an den Zeitgeist“ bei nahezu jeder Tradition von Landsmannschaften für nicht geboten, schrieb er in einem nicht veröffentlichten Artikel für das Magazin des CC. Der „Geist“ ihrer „waffenstudentischen Tradition“ mit den Leitbegriffen von „Ehre, Freiheit, Freundschaft, Vaterland“ verlange von den Landsmannschaften, „nicht nur mit dem Wort, sondern auch mit der Tat, d.h. mit der Waffe in der Hand, wehrhaft zu sein“. Der Wille, sich „gegen unsere Gegner zu wehren“, käme „auch in der Mensur zum Ausdruck“, so der Alte Herr. Diese Auffassung von Wehrhaftigkeit hat die Mecklenburgia auch mit der Germania gemein.<sup>15</sup> Bei Instagram postete die Burschenschaft ein Bild, auf dem ein Burschenschaftler in bedrohlicher Pose auf dem Boden auf einem Boxsandsack kniet. Der Kommentar:

„Sporteln bis der Sandsack runterkommt. Schlagende Verbindung heute mal anders“<sup>16</sup>. Der Alte Herr hat auch beruflich mit der Wehrfähigkeit zu tun. 2023 war er Referent beim Bundesverteidigungsministerium in der Abteilung Planung I „Strategische Steuerung und Planung“. Das Ministerium erklärte auf Nachfrage, dass es „zu Einzelpersonen aus Gründen des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte keine Auskünfte“ gebe. Der Alte Herr ist nicht der einzige Korporierte aus Hamburg, der Medien im Verteidigungsministerium auffiel. Zwei Alte Herren der „Germania“ sollen dort ebenso tätig sein, 2020 und 2021 wurde ihre Mitgliedschaft in der Burschenschaft bekannt.<sup>17</sup> In allen drei Fällen erfolgten Reaktionen des Dienstherrn.

Ein weiteres Betätigungsfeld von Alten Herren ist die AfD. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jörg Schneider bestätigte, ein Alter Herr der „Germania“ zu sein. Auf Nachfrage der taz antwortete er: „Versuche, mich nun mehr als 25 Jahre danach wegen meiner Aktivzeit zu diskreditieren, sind völlig haltlos“. Klingt nachvollziehbar, nur auch schon damals beobachtete der Verfassungsschutz die Germanen.<sup>18</sup> Der AfD-Bürgerschaftsfraktionsvize Alexander Wolff aus Hamburg räumte 2015 ebenso auf Nachfrage ein, Alter Herr der Burschenschaft Danubia in München zu sein, die der bayerische Verfassungsschutz mittlerweile als rechtsextrem einstuft.<sup>19</sup> Die Abgrenzung der AfD zu rechtsextremen Burschen- oder Landsmannschaften scheint längst nicht mehr geboten. Diese Grenzziehung scheint auch Uwe Tellkamp für nicht mehr geboten zu halten. Im Mai 2023 war der Autor als Referent der Mecklenburgia angekündigt.<sup>20</sup> Mit „Der Turm“ gelang dem Dresdner Schriftsteller 2008 der literarische Durchbruch. In den Feuilletons wurde das Buch als Wenderoman gefeiert. In den vergangenen Jahren hat Tellkamp sich dem extrem-rechten Milieu angenähert.<sup>21</sup>

<sup>13</sup> <https://chattiahamburg.com/ueber-uns/>: (gesehen: 31.10.2023)

<sup>14</sup> Felix Krebs: Vom Wehrsport ins Studentinnenparlament! In: Anke Beyer / Johann Knigge / lasse Koch / Robert Koche / Ders. / Ines Meyer / u.a.: „... und er muss deutsch sein .. – Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg. Hamburg, 2000, S. 211

<sup>15</sup> <https://taz.de/Alte-Herren-im-Verteidigungsministerium!/5934723/>: (gesehen: 31.10.2023)

<sup>16</sup> [https://www.instagram.com/germania\\_hamburg/](https://www.instagram.com/germania_hamburg/): (gesehen: 31.10.2023)

<sup>17</sup> <https://taz.de/Alte-Herren-im-Verteidigungsministerium!/5934723/>: (gesehen: 31.10.2023)

<sup>18</sup> <https://taz.de/AfDler-mit-rechtsextremen-Verbindungen!/524895/>: (gesehen: 31.10.2023)

<sup>19</sup> <https://taz.de/Kandidat-der-Hamburger-AfD!/5020372/>: (gesehen: 31.10.2023)

<sup>20</sup> <https://taz.de/Tellkamp-bei-rechter-Studentenverbindung!/5935343/>: (gesehen: 02.11.2023)

<sup>21</sup> Siehe Fußnote 20



OMAS

GEGEN S

RECHTSMA

WEGE

RECHTS

OMAS

GEGEN

RECH

Am 15.02.2020 demonstrierten hunderte „Omas gegen Rechts“ auf dem Rathausmarkt in Hamburg gegen rechte Tendenzen und die AfD. Im Anschluss machten sie eine Menschenkette um das Rathaus.



# Radikale Systemaussteiger

## Reichsbewegte und Querdenkende in der Hansestadt

Ein Wanderausflug in Hamburgs Umland, eine Tagung im Speckgürtel der Hansestadt: An der Elbe bemühen sich Aktivist\*innen des „Königreich Deutschland“ (KRD) mit vielfältigen Angeboten Suchende nach einer alternativen Lebensform anzusprechen. Das KRD ist eine Organisation der äußert heterogenen Szene der selbsternannten „Reichsbürger“. Diesem Spektrum ordnet das Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit 23.000 Anhängende zu, das Landesamt in Hamburg geht von 350 Anhängenden an der Elbe aus.<sup>1</sup>

Schon die besondere Anrede des KRD in einer Einladung deutet die alternative Ausrichtung an. „Seid begrüßt, ihr großartigen Menschen“, schrieben „Andreas und Ina“ und dass sie am 23. Juli 2023 in den „südlichen Gefilden Hamburg[s]“ wandern und „gemeinsam in der Natur aktiv“ sein wollen, um sich „aus[zu]tauschen und besser kennen[zu]lernen“. Der Ausflug wäre eine gute Gelegenheit, einen „wahrhaftigen Eindruck von uns herzlichen Menschen im Königreich zu bekommen“. Die Absicht, auf diesem Weg, Menschen für das KRD anzuwerben, wird nicht verschwiegen. Bei der Einladung des „Leucht-Turm“-Team wird als Kontakt zum KRD gleich die „Regionalstelle Hamburg“ angegeben. Ansprechpartner für die „Regionalstelle-Netzwerk

Hamburg“ ist Andreas, „ein Macher, souverän in Wort & Schrift“.<sup>2</sup> Ein Nachname wird nicht angegeben. Hier möchte man vermutlich gleich zum Du kommen, keine unnötige formale Distanz aufbauen. Womöglich will man den Nachnamen aber auch nicht angeben, um keine verifizierbaren Strukturen erkennen zu lassen. Denn bei aller Offenheit will das KRD mit dem selbsternannten „obersten Souverän“ Peter Fitzek selbst festlegen, wann es an die Öffentlichkeit tritt. In internen Kreisen bauen sie ihre Netzwerke aus.

Der Regionalverantwortliche ist jedoch kein Unbekannter. Bei den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen wegen der Coronapandemie stand Andreas L., bekleidet mit dem offiziellen T-Shirt von „Querdenken 40“, auf der Bühne und sprach mehrmals.<sup>3</sup>

In Zeiten der Pandemie hat das KRD mehr Zulauf erhalten. Allein der Telegramkanal „Königreich Deutschland Offiziell“ wuchs bis Oktober 2023 auf über 12.000 Abonnent\*innen an. Fitzek spricht von 4000 engen Anhänger\*innen. Reichsideen sind zudem vor allem im „Querdenkenden“-Spektrum virulenter geworden. Eine neue Mischszene hat sich etabliert.

Die reichsideologische Bewegung erkennt die Bundesrepublik nicht

<sup>1</sup> <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/17171590/verfassungsschutzbericht-2022-veroeffentlichung/>: (gesehen: 11.10.2023)

<sup>2</sup> <https://www.leucht-turm.team/team/>: (gesehen: 11.10.2023)

<sup>3</sup> <https://taz.de/Reichsbuerger-Bewegung-sucht-Personal/!5949914/>: (gesehen: 11.10.2023)



als souveränen Staat an – mit unterschiedlichen Begründungen. Die einen meinen, die Bundesrepublik gebe es nicht, da ein Deutsches Reich von wahlweise 1871, 1914, 1917 oder auch 1937 weiter bestünde. Andere denken, die Bundesrepublik sei nur ein Konstrukt der Alliierten. Weitere glauben, das Grundgesetz habe keinen Verfassungsstatus, weshalb die Bundesrepublik kein Staat sei, und noch andere finden, die Bundesrepublik sei eine GmbH, also ein Unternehmen.

Sie alle betreiben - trotz unterschiedlicher Argumentationen - eine Delegitimierung des Rechtsstaates und Parlamentarismus. Damit sind sie anschlussfähig bei Querdenkenden, die die Bundesrepublik als eine Diktatur wahrnehmen, sei es eine DDR 2.0 oder eine faschistische Diktatur. Aus der Delegitimierung des Staates kann auch das angebliche Recht auf Widerstand abgeleitet werden.

An der Elbe waren in den vergangenen Jahren verschiedene Reichsbewegte aktiv, die Szene besteht allerdings weniger aus festen Gruppen wie dem KRD, sondern eher aus Einzelpersonen. Anfang 2022 wurde dem Landesamt für Verfassungsschutz bekannt, dass Klaus Maurer als psychiatrischer Gutachter in Hamburg tätig war. Er ist Autor des Szene-Standardwerks „Die ‚BRD‘-

GmbH“. Für seine Gutachtertätigkeit erhielt der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie über 100.000 Euro. Nach dem Bekanntwerden erfolgten keine Gutachteranfragen mehr.<sup>4</sup>

Im selben Jahr fielen auch Aktivitäten vom „Indigenen Volk Germaniten“ und von „staatenlos.info e.V.“ auf. Den Aufbau der „Germaniten“ im Norden treibt Uta B. voran. Die „Missionsleiterin“ ist schon lange auf „Wahrheitsfindung“ und weiß um den „Lug und Trug“ in den „Mainstreammedien“ und „Framing, durch political correctness“. Und die Violinen-Lehrerin aus Schleswig-Holstein ist sich sicher: Die Bundesrepublik ist „ein Konstrukt“ ohne Verfassung und Souveränität. Im Laufe der Jahre gerieten die „Germaniten“ immer wieder mit dem Rechtsstaat in Konflikt, mal wegen Fahrens mit einem Fantasieführerschein, mal wegen gewerbsmäßigen Betrugs. Die Germanit:innen nutzen ein Schreiben des Bundesverwaltungsgerichts, um sich als „indigenes Volk“ zu legitimieren. 2017 stellte das Gericht aber klar, dass ein Rechtsstatus und Sonderstatus als „indigenes Volk“ nicht bestehen würde, weder nach nationalem noch nach internationalem Recht. In ihren Vorträgen betont B., dass die weltweiten Pandemiemaßnahmen letztlich dazu dienten, einen anderen „Plan“ umzusetzen. Seit Jahrhunderten würde „unter

<sup>4</sup> Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2022, Hamburg, 2023. S. 115

der Führung“ einer „Hochfinanz“ ein „Weltherrschaftsanspruch“ proklamiert und anvisiert. B. sagt: „Wir sind im Krieg“.<sup>5</sup>

Seit langem versucht Rüdiger Hoffmann „staatenlos.info e.V.“ breiter aufzustellen. „Wir sind keine Reichsbürger. Wir sind Regimekritiker“, sagte Hoffmann schon vor Jahren. Man nenne sie nur „Reichsbürger“, weil sie die „wirklichen Fragen“ stellten. Fragen wie diese: „Wenn Frieden Krieg ist, Umweltschutz Naturzerstörung und Aufklärung keine Aufklärung, dann muss nachgefragt und nachgefasst werden“, sagte er. In den juristischen Auseinandersetzungen gegen ihn will er ein „nationalsozialistisches Vorgehen“ erkennen, „weil man im 3. Reich die Juden genauso angegangen ist“. Diese Art der Anfeindung folgt der Logik von „staatenlos.info.“ Denn die Anhänger um Hoffmann glauben daran, dass „interne Dokumente“ die „geheime staatsrechtliche Weiterführung des 3. Reiches von Adolf Hitler durch dessen Rechtsnachfolger Bundesrepublik Deutschland“ beweisen könnten. Hoffmann, der früher Rüdiger Klasen hieß und 1989 beim Neuen Forum aktiv war, engagierte sich in den 90er Jahren bei der NPD.<sup>6</sup> Im Dezember 2018 richtete „staatenlos.info e.V.“ zwischen Rathausmarkt und Jungfernstieg eine Kundgebung aus.

In der Hansestadt scheint das KRД sehr aktiv zu sein. Neben Wandern bietet es auch Veranstaltungen an. Im Juni 2023 trafen sich rund 30 Interessierte in Lokstedt zu einem Seminar zum „Systemausstieg“, im Juli gab es ein weiteres in Marmstorf. Für November 2023 war eine Veranstaltung „Basis & Aufbau“ angekündigt. Der Seminarort wird nicht genau angegeben. „Max. Radius 25 km vom Zentrum HH“, heißt es nur auf der Webseite des „Leucht-Turm“.<sup>7</sup> Man will unter sich sein. Der Name „Leucht-Turm“ spiegelt die Rhetorik des KRД wider: Sie möchten leuchten, den Weg weisen in eine helle Zukunft. Positiv konnotierte Begriffe deuten sie für sich teilweise neu, um ein positives Image auszustrahlen. In der Einladung zu einem der Seminare in der Hansestadt wurde behauptet, dass das KRД „rechtlich ein sicheres Terrain“ sei. Eine eigene Staatsstruktur, die nicht „gegen das BRD-System“ kämpfe, sondern friedlich daneben „vollständig neue, eigene Strukturen in allen Bereichen des Lebens“ aufbauen würde, „zum Wohle von Mensch und Tier, der Natur und der Erde, im Einklang mit den Schöpfungsgesetzen“.<sup>8</sup> Den „Systemausstieg“ versuchen sie in einzelnen Bundesländern durch den Erwerb von Immobilien – teilweise zu Preisen in Millionenhöhe – zu ermöglichen. So wollen sie ihren „Gemeinwohlstaat“ weiter auf- und ausbauen. In Niedersachsen erwarb

<sup>5</sup> <https://taz.de/Germaniten-in-Norddeutschland/!5873391/>: (gesehen: 13.10.2023)

<sup>6</sup> <https://taz.de/!5363608/>: (gesehen: 14.10.2023)

<sup>7</sup> <https://www.leucht-turm.team/details-registrierung/krd-info-seminar-basis-aufbau-18>

<sup>8</sup> <https://www.leucht-turm.team/details-registrierung/krd-info-seminar-basis-aufbau-18>: (gesehen: 13.10.2023)

das KRd zuletzt über eine Frau eine ehemalige Kurhotel in Bad Lauterberg, in Sachsen-Anhalt gründete Fitzek seinen Fantasiestaat in Wittenberg. Bis heute dient ein Anwesen in der Lutherstadt als „Hauptsitz“ des KRd. 2012 krönte Fitzek sich in einer Zeremonie vor rund 600 Anhänger\*innen zum König. Er gründete zudem eine „Reichsbank“ und eine „Gesundheitskasse“, führte „Staatszugehörigkeitsdokumente“ und eine eigene Währung ein.

Lange waren die Behörden nicht gegen den ehemaligen Koch und Lebenskünstler eingeschritten. Doch 2020 wurde er wegen diverser Delikte zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren und sieben Monaten verurteilt. Weil ihm 22 Monate in Untersuchungshaft angerechnet wurden, kam er im Februar 2022 wieder frei. 2023 verurteilte das Amtsgericht Wittenberg ihn wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Beleidigung zu acht Monaten Haft. Fitzek soll im Jahr zuvor bei einem Streit in einem Gebäude des Landkreises Wittenberg eine Frau gegen eine Tür gestoßen und mit dem Fuß nach ihr getreten haben. Zwei Angehörige der Bundeswehr, die Hilfe leisten wollten, soll er beleidigt haben. Das Urteil war im Oktober 2023 noch nicht rechtskräftig.<sup>9</sup> Die monatelange Haftstrafe und das neue Urteil gegen Fitzek haben Ausstiegswillige nicht abgeschreckt,

ebenso wenig wie seine Verschwörungsnarrative, denen zufolge „die Juden“ Agenten des Bösen oder Diener des Antichristen seien. Fitzek denkt zudem in Anlehnung an die „Germanische Neue Medizin“ des ehemaligen Arztes und Antisemiten Ryke Geerd Hamer, dass Gedanken und Gefühle die Ursachen für körperliche Probleme seien.<sup>10</sup> Hamer beschuldigte „die Juden“, mit der Schulmedizin Nichtjuden töten zu wollen.<sup>11</sup> Erschien die Delegitimierung des Staates durch die Fantasiestaatsgründung vielleicht noch nicht als Extremismus, so wird die Radikalität durch die weiteren Ressentiments sichtbar. Fitzek hat keine Berührungängste zu Rechtsextremen wie Nikolai Nerling oder Jo Conrad. Beim rechtsextremen „Compact“-Magazin trat er ebenso auf.

Das Magazin um Chefredakteur Jürgen Elsässer zeigte immer wieder Sympathie für Reichsbewegte und Akzeptanz für Querdenkende.<sup>12</sup> Mehr noch: Martin Sellner, der frühere führende Kader der Identitären Bewegung rief in einem Artikel dazu auf, „die Patrioten“ sollten sich den Protesten der „Corona-Rebellen“ anschließen. In der Ausgabe mit dem Schwerpunkt „Q – Querdenken“ führt er aus, dass „die Eliten“ die Bewegung nicht als Träger von Viren befürchten, sondern als Träger von Widerstand, sie ängstigen sich vor einem „Protestventils für die

<sup>9</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/regional/sachsenanhalt/reichsbuerger-peter-haftstrafe-100.html>: (gesehen: 15.10.2023)

<sup>10</sup> Deutschlandfunk Die Religion der Reichsbürger Gottesstaat Deutschland, 12.07.2019: (gesehen: 15.10.2023)

<sup>11</sup> <https://www.vice.com/de/article/dpez4j/des-konigs-neue-kleider-0000583-v9n10>: (gesehen: 15.10.2023)

<sup>12</sup> Compact, Ausgabe 10/2020 und Compact Edition: Tage der Freiheit, 2020

patriotische Notwehr“.<sup>13</sup> Viel Pathos, wie Sellner ihn gerne anschlägt. Auch in Hamburg gab es aus dem selbsternannten „patriotischen“ Spektrum Zulauf für die hiesigen Coronaproteste.

An der Elbe organisierten Rechtsextreme allerdings keine der vielen Demonstrationen in der Innenstadt und Stadtteilen. Vielmehr wurde der Protest gegen die Pandemiemaßnahmen aus der Mitte der Gesellschaft mit teils alternativem Habitus getragen. Von gepflegtem Kurzhaaarschnitt und Barbour-Jacken bis zu blonden Dreadlocks und Hess-Natur-Look war alles vertreten. Bei der Kunsthalle erklärte einer der Organisatoren gleich zu Beginn der Demonstration, dass sie keine „Corona-Leugner“ seien, sondern „Impfgegner“. Doch schon die Aussagen auf den selbstgemalten Schildern offenbarten weitergehende Positionen. Neben „Impfpflicht nein danke“ war „Great Reset No Way“ zu lesen. Der „Große Neustart“ ist das Synonym für ein Verschwörungsnarrativ, demzufolge die wirtschaftlichen Eliten global die Pandemie nutzen wollten, um Nationalstaaten zu vernichten, Bargeld abzuschaffen und Geschlecht und Familien aufzulösen. Die Verschwörungsnarrative, die auch Rechtsextreme teilen und pflegen, führten dazu, dass sich auch Rechtsextreme einreihen. Kader der NPD kamen, Aktivist\*in-

nen der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ ebenso. Im Januar 2022 erschien auch Hannes Ostendorf bei der Demonstration an der Hamburger Kunsthalle. Mit einer Entourage stellte sich der Sänger der rechtsextremen Band „Kategorie C“ zu den Protestierenden. Bei den Protesten posierte die AfD-Bürgerschaftsfraktionsspitze um Dirk Nockemann und Alexander Wolf mit weiteren Mitgliedern für ein Gruppenfoto.<sup>14</sup>

Nicht alle Verantwortlichen einer Demonstration können oder müssen Rechtsextremist\*innen auf ihrer Demo erkennen. Antifaschistische Initiativen wiesen die Organisator\*innen allerdings auf diese Unterstützung hin. Eine Grenze zu den Rechtsextremen zogen die Verantwortlichen nicht. Ein Motiv dafür ist, neben den Verschwörungsnarrativen, dass die Organisator\*innen ihr Anliegen, den Kampf gegen Impfung und Maske, für so entscheidend halten, dass andere Anliegen nicht mehr so bedeutsam erscheinen. Die Positionen der Rechtsextremen scheinen den Querdenkenden schlicht nicht so relevant, allein ihre Kritik an den Pandemiemaßnahmen ist zentral. Der Protest soll groß und breit sein, um Druck zu erzeugen. Ein zentraler Organisator gegen die Maßnahmen ist „United Movement For Equal Human“- kurz UMEHR. In der eigenen Internetpostille „Der

<sup>13</sup> Compact, Ausgabe 09/2020: Corona-Rebellen und Patrioten, v. Martin Sellner.

<sup>14</sup> <https://taz.de/Impfgegner-Demo/15827007/>: (gesehen: 15.10.2023)

Aufstand“ setzen sie den „Corona-Ausnahmestand“ mit der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ aus dem Jahre 1933 gleich. „Lass uns (...) über die Zeit nach dem Sturz des Corona-Regimes“ sprechen, schlugen sie in einem Flugblatt vor und betonten: „ein spontaner Aufstand kann dieses Regime vielleicht zum Fall bringen“.<sup>15</sup>

Das Radikalisierungspotenzial dieser Mischszene von Reichsbewegten und Querdenkenden offenbarten die Netzwerke „Vereinte Patrioten“ (VP) und „Patriotische Union“ (PU). Sie wollten an einem „Tag X“ die Bundesrepublik destabilisieren, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Die VP um Elisabeth R., einer pensionierten Lehrerin und habilitierten Theologin, planten, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu entführen und Stromanlagen zu sabotieren. Im Oktober 2023 gab es weitere Razzien gegen die VP. Auch die PU um den Immobilienmakler Heinrich XIII. Prinz Reuß soll geplant haben Stromanlagen auszuschalten. Sie wollten laut der Generalbundesanwaltschaft den Bundestag stürmen und Bundestagsabgeordnete festsetzen. Das Netzwerk der PU soll mittlerweile über 60 Personen umfassen. Nach weiteren Durchsuchungen stellten die Ermittler bis August hunderte Schusswaffen und Hieb- /

Stichwaffen sowie große Mengen an Munition sicher.<sup>16</sup> Bei beiden Gruppen betonte der Generalbundesanwalt, dass sie bei ihren Aktionen Tote mit einkalkuliert hätten. Diese politischen Narrative hatten schon 2021 eine dramatische Konsequenz. Am 18. September 2021 erschoss Mario N. in Idar-Oberstein Alexander W. Der 20-Jährige Student hatte in einer Tankstelle gejobbt. Dem späteren Täter hatte W. wegen dem Nichttragen einer Maske kein Bier verkauft. N. kam mit einer Pistole bewaffnet wieder und schoss W. in den Kopf. Im Prozess sagte der 50-Jährige, dass er ein Exempel statuieren wollte.

<sup>15</sup> Landesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2022, Hamburg, 2023. S. 110f.

<sup>16</sup> [https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-10/reichsbuerger-terrorismus-schusswaffen-prinz-reuss?utm\\_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.de](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-10/reichsbuerger-terrorismus-schusswaffen-prinz-reuss?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.de): (gesehen: 15.10.2023)

GEGEN VER-  
SCHWÖRUNGS-  
TATEN. AN-  
SEMITISMUS  
GELTE ANTWOR-



**Auch am 29. Januar 2022 fanden in Hamburg wieder mehrere unangemeldte und angemeldte „Coronademos“ sowie mehrere Gegenproteste statt.**

**In Barmbek, wo vor einer Woche noch organisierte Neonazis an einer „Coronademo“ teilnahmen, demonstrierten am Samstag mehrere hundert Menschen unter dem Motto „Barmbek nazifrei“ gegen Antisemitismus und Verschwörungsideologien. Ziel war es unter anderem den Platz für linken Protest zu vereinnahmen, um den Coronademos keinen Platz zu geben.**

# Keine feine Gesellschaft

---

## Seit über 60 Jahren bewegt sich die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ jenseits konservativer Wertvorstellungen

Zum Jubiläum erfolgte die Versicherung: Die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft“ (SWG) habe „ihren nationalkonservativen Angriffsggeist“ gestärkt, erklärte Stephan Ehmke als Erster Vorsitzender, anlässlich des 60-jährigen Bestehens der SWG. Im „Deutschland-Journal 2022 – Sonderausgabe“ führte der Diplom-Pädagoge und Oberstleutnant der Reserve weiter aus, dass Deutschland „wieder zu“ sich „selbst“ kommen und „endlich Vasallentum und Canossarepublik“ überwinden müsse. Die Sonderausgabe spiegelt die Annahme wieder, dass die Bundesrepublik die „fremden Interessen (...) einer globalistischen Elite“ verfolge. Die „Geschichtspolitik“ würde denn auch einen Schuldkomplex wegen des Nationalsozialismus weiter festigen. Eine „irregeleitete Politik“ gegen „unser deutsches Volk und unser deutsches Vaterland“, schreibt Ehmke.<sup>1</sup>

Klare Worte, eindeutige Ausrichtung. Seit 1962 bemüht sich die SWG im vopolitischen Raum der „alliierten Umerziehung“ und „68er-Wertezersetzung“ entgegenzuwirken. Mitgegründet hat sie Hugo Wellems, einst Referent im NS-Propagandaministerium von Joseph Goebbels. Er stand der SWG bis zu seinem Tod 1995 vor.

Bevor der heutige Vorsitzende Ehmke 2020 den Posten übernahm, hat-

ten unter anderen Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler und Bundeswehr-Oberst a.D. Manfred Backerra das Amt inne. Die Bundeswehr-offiziere außer Dienst trafen ebenso deutliche Aussagen. Uhle-Wettler, der auch bei der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ referierte, schrieb 1996 in der rechtslastigen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, dass gegen Deutschland ein „unerbittlicher Krieg aus dem Dunkel mit allen Formen von Täuschung, Hinterlist, Bestechung, Verrat, Verführung und psychologischer Kriegsführung, von Gewalt jedweder Art bis hin zu Mord und heißem Krieg“ geführt werde. Die NSDAP habe „für Volk und Nation und Versailles“ gekämpft. Gemeint war der von der gesamten rechtsextremen Szene gepflegte Mythos, dass Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg und den Friedensverträgen von Versailles genötigt worden sei, sich zu wehren. Zwei Jahre später gab Uhle-Wettler zu „Ehren“ des Holocaustleugners David Irving den Sammelband „Wagnis Wahrheit. Historiker in Handschellen? Festschrift für David Irving“ heraus. Bereits die Würdigung von Irving darf als antisemitische Positionierung verstanden werden. Im Vorwort des Bandes, erschienen im rechtsextremen Arndt-Verlag aus Kiel, hob Uhle-Wettler weiter hervor, dass die deutsche Geschichtswissenschaft „auf der Grundlage der

<sup>1</sup> Stephan Ehmke: 60 Jahre SWG: Wofür kämpfen? In: SWG (Hg.): Deutschland-Journal 2022 – Sonderausgabe“, Hamburg, 2022, S. 6f.



Geschichtsschreibung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ein offizielles Geschichtsbild festgelegt“ werde, „dass politisch verbindlich“ sei. Dem „besiegten deutschen Volk“ würde „die Alleinschuld für den Zweiten Weltkrieg und alle damit zusammenhängenden Verbrechen auferlegt“<sup>2</sup>. Bei einer Veranstaltung des Bismarckbundes legte Uhle-Wetter 2007 dar, dass nicht nur „Individualismus, Multikulti und Gender Mainstream“ Kultur und Nation gefährde, sondern auch die „transnationale Hochfinanz“. Namentlich, so Uhle-Wetter, die Familien Rothschild und Rockefeller, die sich zu den „eigentlichen Machthabern entwickeln“<sup>3</sup> würden. Vom antisemitischen Ressentiment zum geschichtspolitischen Revisionismus – für Uhle-Wetter nicht weit. Und für die SWG heute? In der Sondernummer würdigte Ehmke „unseren Altvorsitzenden“, dessen „Kampfesmut“ nicht schwächer werde.<sup>4</sup>

Die Kriegsschuld treibt auch den Oberst a. D. Backerra um. Der ehemalige Chefdozent für Militärisches Nachrichtenwesen an der Führungsakademie der Bundeswehr schrieb in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“, dass der „Polenfeldzug“ 1939 das „Ergebnis 20-jähriger Spannungen, denen Polens übersteigerter Nationalismus zugrunde lag“ sei. Alle „Friedenssignale Hitlers und seine Bereitschaft, sich auf den Gewinn Danzigs und des Korridors zu beschränken, stießen aus vorwiegend innenpolitisch-machttaktischem Kalkül der westlichen Regierungen auf Ablehnung“, so der Ex-Vorsitzende der SWG. Auch der Krieg gegen Frankreich sei aus „deutscher Sicht“ zur „Überwindung der Pattsituation notwendig“ gewesen.<sup>5</sup> Eine Relativierung der Kriegsschuld für eine selbstbewusste nationale Identität. In einer Einladung zu einer SWG-Veranstaltung 2017 warnte Backerra noch vor einer weiteren neuen Bedrohung der Identität: Die „größte Gefahr für das Wohl Deutschlands“ seien zu „wenig Geburten“ und die „wilde Einwande-

rung“ von „nicht integrationsfähigen Menschen“<sup>6</sup>.

In den vergangenen Jahrzehnten konnte die SWG sich trotz dieser Positionen als vermeintlich stark konservative Institution etablieren. Die Klischeevorstellungen von Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft kamen dem Verein dabei entgegen. Statt dumm und primitiv, gebildet und gepflegt – das kann nicht rechtsextremistisch sein. Das moderate Erscheinen und der akademische Duktus genügten für das Image. Dieser Schein wird auch durch Referierende der SWG, die kaum als extrem rechts wahrgenommen wurden, verstärkt – von ehemaligen Ministerpräsidenten über frühere Bundesminister und Bundeswehroffiziere bis zu Historikern und Publizisten.

Doch bei der SWG referierten ebenso neu-rechte Theoretiker und rechtsextreme Akteure. Im März 2005 sprach Karlheinz Weißmann, der die neu-rechte „Junge Freiheit“ mitprägte, bei der SWG.<sup>7</sup> Die rechtsextreme Szeneanwältin Gisa Pahl war im März 2011 als Referentin eingeladen.<sup>8</sup>

Zu den Veranstaltungen der SWG kamen über die Jahrzehnte mehrere Hundert Damen und Herren, die sich im gediegenen Ambiente an der Elbe trafen. Ein Veranstaltungsort war des Öfteren das Logenhaus der Freimaurer an der Universität Hamburg. Eine Besucherin hatte für die SWG aber Konsequenzen. 2015 löste der Hausverband des Logenhauses die Verträge für die Nutzung der Räumlichkeiten, denn zuvor war die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck zu einer Tagung erschienen. „Wir sind schon wertkonservativ“, sagte damals der zweite Vorsitzende des Hausverbandes, „aber die SWG hat eine Grenze überschritten“.<sup>9</sup>

Früh suchte die SWG die Nähe zur AfD. Bei der Gesellschaft sprach 2015 Alexander Gauland. Der heu-

<sup>2</sup> Zitiert nach: Anton Maegler: Bundeswehr und Rechte: [http://www.tribuene-verlag.de/T196\\_Maegerle.pdf](http://www.tribuene-verlag.de/T196_Maegerle.pdf). S. 127.

<sup>3</sup> <https://taz.de/Archiv-Suche/!227869&s=spoit%2BSWG&SuchRahmen=Print/> : (gesehen: 09.10.2023)

<sup>4</sup> Stephan Ehmke: 60 Jahre SWG: Wofür kämpfen? In: SWG (Hg.): Deutschland-Journal 2022 – Sonderausgabe“, Hamburg, 2022, S. 7.

<sup>5</sup> Zitiert nach: Anton Maegler: Bundeswehr und Rechte: [http://www.tribuene-verlag.de/T196\\_Maegerle.pdf](http://www.tribuene-verlag.de/T196_Maegerle.pdf). S. 127.

<sup>6</sup> <https://taz.de/Durch-Feindbilder-gewinnt/!5387412/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>7</sup> <https://www.der-rechte-rand.de/archiv/8618/revisionistische-rentnerinnen/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>8</sup> <https://taz.de/!223489/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>9</sup> Taz: Im Logenhaus unerwünscht, v. Andreas Speit, 09.04.2015.

tige Ehrenvorsitzende von Bundespartei und Bundestagsfraktion wurde eingeladen, um „angesichts des ganz normalen politischen und gesellschaftlichen Irrsinns“ von Einwanderung bis EU-Vereinheitlichung über das „nationale Bewahren“ zu diskutieren.<sup>10</sup> Diese Hinwendung der SWG überrascht nicht. Mit der AfD ist für das Milieu der SWG der Traum einer „nationalen Partei“ jenseits der Union Wirklichkeit geworden. Als Gast brachte sich Backerra 2016 bei einer Veranstaltung der AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft ein. Der Referent Dieter Stein, Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, hatte die AfD gewarnt, eine „Selbstpositionierung als rechtspopulistisch“ anzustreben oder sich radikaler zu positionieren. „Wer sich distanziert, verliert“, konterte aus dem Publikum Backerra. Den Oberst a.D. störte die gewünschte Grenzziehung in der AfD und er erklärte, dass man auch ehemalige NPD-Mitglieder nicht außen vor lassen sollte.<sup>11</sup>

Die rechtsextremen Inhalte der SWG können auf deren Webseite nachvollzogen werden. Am 26. September 2023 schrieb „die Redaktion“ zu dem Verbot der rechtsextremen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft“: „Wir erleben derzeit eine beispiellose polit-mediale Welle an Verleumdung und Hetze gegen diese patriotische Oppositionspartei sowie die geheimdienstliche Verfolgung dessen, was zu ihrem Um- und Vorfeld gerechnet wird“. Jetzt sei „die nächste Eskalationsstufe der Repressionen angefahren: das Verbot von Vereinigungen“, dessen „jüngstes Opfer“ die „Artgemeinschaft“ sei, „ein Verein, der sich der Pflege der Traditionen des germanischen Brauchtums verpflichtet“ habe. Die Verstrickungen der Artgemeinschaft bis hin zu rechtem Terror blieben unerwähnt.<sup>12</sup> Auch ein Artikel von Martin Sellner, früher einer der Kader der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ in Österreich und Deutschland, wird verlinkt. Der Beitrag stammt vom

Blog „Sezession“<sup>13</sup>, der zum Netzwerk des „Institut für Staatspolitik“ (IfS) um Götz Kubitschek und Ellen Kositzka gehört. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat das IfS als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Auch ein verlinktes Video des rechtsextremen „Compact“-Magazins, „Tatort Ramstein“, findet sich hier. Auf der Webseite erklärt die SWG, dass „über die US-Militärbasis Ramstein in Rheinland-Pfalz (...) weltweit das Völkerrecht gebrochen und Morde begangen“ würden.<sup>14</sup> 2022 verfasste ein Beiratsmitglied der SWG mehrere geschichtsrevisionistische Beiträge in der „Compact“-Sonderausgabe „Polens verschwiegene Schuld“.

Eine andere Referenzgröße auf der Webseite: Hans-Georg Maassen. Der ehemalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und amtierende Bundesvorsitzende der Werte-Union hat sich seit seinem Ausscheiden aus dem Amt 2018 immer weiter radikalisiert. Auf der SWG-Webseite finden sich mehrere Beiträge mit oder von ihm. Für die SWG ist er ein „Patriot“.<sup>15</sup>

Die SWG bezieht auch beim Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine klare Stellung: Man stehe fest an der Seite des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Uhle-Wettler beklagte am 29. März 2022, dass Putin „weltweit als Kriegsverbrecher dargestellt“ werde, „der einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen hat“. Doch der Grund dafür – „das russische Sicherheitsbedürfnis“ – würde „konsequent verschwiegen, ebenso, dass ‚der ukrainische Präsident‘ weiter gegen russische Interessen verstoße, indem er den ‚Betritt zur europäischen Union und zur Nato fordert‘“<sup>16</sup>. Wer so schreibt, lässt Putin selbst reden. Dessen Rede vom 9. Mai 2022, in Russland der „Tag des Sieges“, wird auf der SWG-Website auf Deutsch übersetzt verlinkt.<sup>17</sup> Die SWG sieht in dem „Feldzug“ gegen die Ukraine zudem eine Abwehr einer „Farbenrevolution“ – den friedliche

<sup>10</sup> <https://taz.de/Richtungsstreit-bei-AfD/!5015935&s=speit+SWG/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>11</sup> <https://taz.de/Rechtsruck-der-AfD/!5300150/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>12</sup> <https://www.swg-mobil.de/2023/09/29/repressionen-gegen-andersdenken-de-jetzt-rollt-die-verbotswelle-an/>: (gesehen am: 09.10.2023)

<sup>13</sup> <https://www.swg-mobil.de/2023/07/25/martin-sellner-zum-fall-wolff/>: (gesehen: 09.10.2023)

<sup>14</sup> <https://www.swg-mobil.de/2023/04/30/compact-doku-tatort-ramstein-die-mordzentrale/> (gesehen: 11.10.2023)

<sup>15</sup> <https://www.swg-mobil.de/2023/09/30/maassen-ampel-regiert-neben-recht-und-verfassung/> und <https://www.swg-mobil.de/2023/09/11/hans-georg-maassen-endspiel-um-deutschland/>: (gesehen: 10.10.2023)

<sup>16</sup> <https://www.swg-mobil.de/2022/03/29/die-manipulation-der-menschenmassen-im-21-jahrhundert/>: (gesehen: 10.10.2023)

<sup>17</sup> <https://www.swg-mobil.de/2022/05/09/putins-moskauer-rede-am-9-mai-2022-auf-deutsch/>: (gesehen: 10.10.2023)

Massenproteste der Opposition in Staaten innerhalb des ehemaligen sowjetischen Einflussbereichs. Sie ist begeistert von Putins autoritärer Führung, inklusive dessen Vorgehen gegen die LGBT-Bewegung, um der „westlichen Dekadenz“ entgegenzuwirken. Ein Beitrag des russischen Rechtsextremisten Alexander Dugin auf der SWG-Seite pointiert die Position: „Die spezielle Militäroperation richtet sich nicht nur gegen den Nationalsozialismus (die Entnazifizierung – zusammen mit der Entmilitarisierung – ist ihr Hauptziel), sondern mehr noch gegen den Liberalismus und den Globalismus“<sup>18</sup>. 2014 rief er in einem Interview sogar zum Mord an Unterstützer\*innen der ukrainischen Regierung auf: „Töten, töten, töten, das ist meine Meinung“.

Die Positionen der SWG sind nicht konservativ. Die Ausrichtung geht mit einer parteipolitischen Orientierung einher - weg von einer moderaten Union hin zu einer provokanten AfD. Und diese Hinwendung ist nicht einseitig: Am 10. Oktober 2023 dokumentiert die SWG eine Rede von Bernd Kallina, der von der AfD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag als Medienexperte geladen war. Der SWG-Vize beklagte, dass im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk „allzu oft gängelnde Interpreten links-grüner Couleur“ Meinung statt „Aufklärung“ machen würden. Eine „verstörende Manipulation“, so der frühere Redakteur des Deutschlandfunks, die mit einer „weitgehenden Ausgrenzung von fast allem, was als politisch ‚rechts der Mitte‘ oder als ‚konservativ‘ bezeichnet werden kann“, einhergehen würde.<sup>19</sup>

Die „patriotische Gesellschaft“ weist bei der Bitte um Spenden explizit darauf hin, als gemeinnütziger Verein anerkannt zu sein: „Eine Spende an die SWG ist daher steuerlich absetzbar“ – Hervorhebung im Original. Ein Privileg, welches vielen Vereinen, die sich für eine demokratische Gesellschaft und gegen Hass einsetzen, nicht zu Teil wird.

Am 9. Juni 2023 erklärte das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz, dass bei der SWG „gesichert rechtsextremistische Bestrebungen“ festzustellen seien.<sup>20</sup> „61 Jahre nach deren Gründung, in denen immer wieder zivilgesellschaftliche Initiativen sowie journalistische Recherchen vor der gesellschaftlichen Verschiebung nach rechts durch das politische Agieren dieser Gesellschaft im vorpolitischen Raum warnte“ merkt Feliks Krebs an, der für das Hamburger Bündnis gegen Rechts dieses Netzwerk beobachtet.

<sup>18</sup> <https://www.swg-mobil.de/2022/03/21/rusland-gegen-den-globalismus/>: (gesehen: 10.10.2023)

<sup>19</sup> <https://www.swg-mobil.de/2023/10/10/talreform-des-oeffentlichen-rundfunkwesens/>: (gesehen: 10.10.2023)

<sup>20</sup> <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/17210992/swg/>: (gesehen: 10.10.2023)



Faschismus  
ist keine  
Meinung

OMAS  
GEGEN  
RECHTS

OMAS  
GEGEN  
RECHTS

Am 12.10.2019 demonstrierten rund 2000 Aktivist\*innen in Hamburg gegen rechten Terror und Antisemitismus. Anlass für die Demonstration war der rassistische und antisemitische Anschlag in Halle am 9.10.2019, bei dem ein mutmaßlich Rechtsextremer mit Waffen versuchte in eine Synagoge einzudringen und danach zwei Menschen erschoss, einen davon in einem Döner-Imbiss.



***„Einstellungs-  
untersuchungen der  
Mitte-Studie zeigen,  
dass es schon seit  
Jahrzehnten ein  
rechtes Potential  
von bis zu 20% gibt.“***

**Hamburger Bündnis gegen Rechts**

**> Ihr beobachtet die (extreme) Rechte hier in Hamburg ja schon seit vielen Jahrzehnten. Was sind die bedeutendsten Entwicklungen?**

Der Niedergang der NPD und ihres Umfelds in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts und damit das Ende der Aufmarschpolitik der NPD. Das drohende Parteiverbot und interne Streitigkeiten auf Bundesebene trugen zum Niedergang bei. In Hamburg wurde dieser Prozess noch verstärkt durch den Tod von Jürgen Rieger, den Wegzug von Christian Worch sowie das Zerwürfnis von Thomas Wulff mit dem Bundesvorstand der NPD. Diese drei Personen, die neofaschistische Politik in Hamburg Jahrzehnte lang maßgeblich beeinflusst haben, spielen jetzt keine oder kaum mehr eine Rolle. Zeitgleich mit dem Niedergang der NPD wurde 2013 die AfD gegründet. Damit konnte sich das erste Mal seit 1945 eine Partei rechts von der CDU etablieren, sie galt in den Anfangsjahren „nur“ als eurokritische Professorenpartei. Der von Beginn an vorhandene Rassismus und das Potential zur Radikalisierung wurde unterschätzt. Damit konnte die AfD weitgehend ungestört an rassistischen Vorurteilen, die in der Bevölkerung vorhanden sind, anknüpfen und die z.B. ein SPD- Politiker wie Thilo Sarrazin (sein Buch „Deutschland schafft sich ab“, erschienen 2010) zuvor schon salonfähig gemacht hatte. Die honorigen Professoren Bernd Lucke oder Jörn Kruse in Hamburg sind Geschichte, genauso wie die ehemaligen Bundesvorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen. Inzwischen sind die wesentlich radikaleren Timo Chrupalla und Alice Weidel Bundesvorsitzende und im Hintergrund zieht der Faschist Björn Höcke mithilfe der Strukturen des offiziell aufgelösten „Flügel“ die Strippen. Eine Radikalisierung hat auch im zu Unrecht als gemäßigt geltenden Landesverband Hamburg stattgefunden, auch hier gibt es Anhänger\*innen von Björn Höcke bis hinein in die Bürgerschaftsfraktion und eine Distanzierung von Höcke und seinem völkischen Flügel findet, auch durch den Landeschef Dirk Nockemann, nicht mehr statt.

**> Welche noch aktiven Strukturen in Hamburg sind unterschätzt?  
Wer fliegt sozusagen unter dem Radar?**

Trotz der Radikalisierung findet eine schleichende Etablierung und Akzeptanz der AfD statt. Obwohl auf der einen Seite sogar ein Verbot der Partei diskutiert wird, bekommt sie staatliche Räume, darf regelmäßig an Schulen Wahlkampf machen und wird von den Medien zunehmend als „normale“ Partei behandelt.

**> Was meint ihr, von wem geht die größere Gefahr aus?  
Dem organisierten extrem rechten Rand oder einer rechten radikalisierten Mitte?  
Oder lässt sich das so einfach nicht aufteilen?**

So einfach lässt sich das tatsächlich nicht aufteilen. Einstellungsuntersuchungen der Mitte-Studie zeigen, dass es schon seit Jahrzehnten ein rechtes Potential von bis zu 20% gibt. Der AfD ist es jetzt das erste Mal gelungen, dieses Potential auch in Wähler\*innen-Stimmen umzusetzen. Das Schlimmste ist jedoch, dass es der AfD gelingt, die anderen Parteien, zumindest in der Frage von Migration, Asyl und humanitärer Seenotrettung vor sich herzutreiben. Gleichzeitig ist es der AfD vor allem in Ostdeutschland, aber nicht nur dort, gelungen, große Proteste in Beteiligung oder selbstinitiiert auf die Straße zu bringen. Auf vielen dieser Aufmärsche herrscht heute eine aggressive Stimmung, wie wir sie von früheren NPD-Aufmärschen kennen.

**> Ihr seid ja bei dem jährlichen „Lauf gegen Rechts“ involviert.  
Warum macht ihr das? Welche Idee steckt dahinter?**

Der „Lauf gegen Rechts“ wird seit 2012 jedes Jahr von der St. Pauli Marathon Abteilung organisiert. Der ursprüngliche Anlass war der angekündigte Aufmarsch von Neonazis zum TDDZ (Tag der deutschen Zukunft) für den 02.06.2012 in Hamburg. Aus der Idee eines Spendenlaufs zur finanziellen Unterstützung der Gegenaktionen hat sich der „Lauf gegen Rechts“ als jährliche Veranstaltung der St. Pauli Marathon Abteilung etabliert und wir, vom Hamburger Bündnis gegen Rechts, unterstützen den Lauf.



**> Antifaschistische Initiativen stehen immer wieder unter Druck, sich für ihr Engagement zu rechtfertigen. So wurde ja dem VVN-BdA als Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt und die Entscheidung erst nach intensiven Protesten wieder zurückgenommen. Kennt ihr ähnliche Vorfälle hier in Hamburg? Von wem gehen solche Angriffe aus?**

Vor 14 Jahren, bei der Nacht der Jugend 2009 im Hamburger Rathaus, waren wir selbst von Diskriminierung betroffen, als der damalige Senat uns zwingen wollte, zwei Organisationen, die langjährige Bündnispartner\*innen waren, von der Teilnahme an der Nacht der Jugend auszuschließen.

Immer wieder mussten wir auch die Demonstrationsfreiheit oder bestimmte Routen gegen die Versammlungsbehörde erstreiten, bis hin zum Bundesverfassungsgericht.

2019 thematisierte die AfD Antifa-Sticker an der Pinnwand der Ida-Ehre-Schule und fantasierte ein „linksextremistisches Netzwerk“ herbei. Das Hamburger Abendblatt übernahm ungeprüft diese Angaben und trug massiv zur Verunsicherung der engagierten Schüler\*innen bei.

Aktuell sucht die Polizei bundesweit und auch in Hamburg nach Personen, die gegen einen Aufmarsch von Neonazis und Holocaustleugner\*innen in Budapest protestiert haben. Ihnen wird vorgeworfen, militant gegen Neonazis vorgegangen zu sein. Dabei bedient sich die Polizei Methoden, wie sonst bei Schwerstverbrecher\*innen: es wird öffentlich mit Fotos gefahndet, das persönliche und familiäre Umfeld der Personen wird beschattet und es fanden diverse Hausdurchsuchungen, unter anderem auch in Hamburg, statt.

**> Was wäre ein guter Tipp, für Menschen, die sich antifaschistisch organisieren möchten?**

Zum Beispiel gemeinsam Informationen über die unterschiedlichen Angebote in den verschiedensten Kontexten sammeln. Etwa bei Seminaren (online oder in Präsenz), bei öffentlichen Konferenzen und Festivals. Je nach Alter oder Ort mal bei der Jugendantifa oder den Omas gegen Rechts anfragen. Es gibt auch vielen Stadtteilinitiativen, Stadtteiltreffs oder gewerkschaftlich organisierte Aktivist\*innen.

---


**„Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht seit 2002. Bei uns ist Platz für alle, die fremdenfeindliche, rechtsextreme, antisemitische und rassistische Äußerungen, Gewalttaten und Anschläge sowie menschenverachtende Hetze, Terror und Mordtaten der Faschist\*innen nicht länger dulden wollen. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts besteht aus unabhängigen antifaschistischen Zusammenhängen, Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Trotz zum Teil erheblicher Widersprüche zu Einzelfragen und Themen arbeiten wir zusammen mit dem Ziel, antifaschistisch zu wirken. Beschlüsse werden im Bündnis gemeinsam gefasst und auch gemeinsam durchgesetzt. Arbeitsgrundlage ist die von uns gemeinsam entwickelte Hamburger Erklärung gegen Rassismus und Faschismus.“**

[www.keine-stimme-den-nazis.org/](http://www.keine-stimme-den-nazis.org/)



HAMBURGER BÜNDNIS  
GEGEN RECHTS





Aufgrund der aktuellen Ereignisse an der EU-Außengrenze in Griechenland gingen am 07.03.2020 mehr als 4000 Menschen unter dem Motto: „Grenzen Auf - Leben Retten“ in Hamburg auf die Straße. Die Demonstration zog lautstark vom Rathausmarkt über die Landungsbrücken bis zum Fischmarkt.

# Was tun? Was tun!

---

**Bildung fördern**  
**Dialog suchen**  
**Medienkompetenz stärken**  
**Soziale Integration ermöglichen**  
**Politische Teilhabe schaffen**  
**Gegen Diskriminierung einschreiten**  
**Zivilcourage zeigen**

Rassismus, Antifeminismus und andere rechte Positionen sind keine Randerscheinungen, die von außen in die Gesellschaft getragen werden. Im Gegenteil: Viele solcher Einstellungen sind in der *Mitte* der Gesellschaft fest verankert und bilden den Nährboden für rechte Aktivitäten und Verhaltensweisen. Diese Probleme lassen sich nur gemeinsam von uns allen lösen und setzen ein aktives und offenes Eintreten für eine vielfältige und tolerante Gesellschaft voraus.

## Informieren

- Halte Dich durch Bücher, Zeitschriften und das Internet auf dem aktuellen Stand über Entwicklungen, Strukturen und Ideologien der (extrem) rechten Szene.
- Such' Dir Argumente gegen rechts zusammen, nicht nur gegen organisierte Neonazis, sondern auch um Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung im Alltag entschieden zu widersprechen.
- Schon lange sind Neonazis nicht mehr an Äußerlichkeiten zu erkennen – Bomberjacke, Springerstiefel und Glatze – das war vorgestern. Informiere dich über aktuelle Erscheinungsformen.

Mehr Informationen über rechte Strukturen und Aktivitäten:

### Antifa Info Blatt

<https://antifainfoblatt.de>



### Exif Recherche

<https://exif-recherche.org>



### Antifa Archive

<https://bibliothek.antifa-archiv.org>



## Handeln

- Organisiere selbst Veranstaltungen, Seminare und Diskussionsrunden zum Thema. Egal, ob in deiner Einrichtung, deiner Schule oder im Verein.
- Besuche Zeitzeug\*innengespräche – solange ist der Nationalsozialismus noch nicht her, aber mit der Zeit sterben leider auch die letzten Zeug\*innen.
- Keine Toleranz bei rechten Übergriffen, Beleidigungen und rassistischen Sprüchen.

Eine Idee für ein Projekt, aber keine Mittel? Stellt einen Förderantrag beim Landesprogramm **Hamburg - Stadt mit Courage** zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus.

[www.hamburg.de/landesprogramm/](http://www.hamburg.de/landesprogramm/)

**HAMBURG -  
STADT MIT COURAGE**

## Schützen

- Rechte sind häufig auch Gewalttäter\*innen; sie scheuen sich nicht davor, ihr beschränktes Weltbild mit Gewalt durchzusetzen. Deshalb keine Held\*innentaten, sondern besonnen und entschlossen handeln.
- Sei vorsichtig bei der Weitergabe von persönlichen Daten, gerade im Internet und den Sozialen Medien.
- Zeig Dich solidarisch mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Übergriffe und Gewalttaten.

Der Blick der Betroffenen und deren Wünsche werden leider viel zu selten beachtet. Deshalb unterstützt Projekte wie die **Bildungsinitiative Ferhat Unvar**

[www.bildungsinitiative-ferhatunvar.de](http://www.bildungsinitiative-ferhatunvar.de)



## **Impressum**

### **Titel:**

op'n Kiewief.  
Einblicke in (extrem) rechte Strukturen in Hamburg (2023)

### **Herausgeber:**

Fabian Kaufmann, Bildungsarbeit.org – Vielfalt gestalten, c/o GWA  
St. Pauli, Hein-Köllisch-Platz 11–12, 20359 Hamburg,  
info@bildungsarbeit.org

### **Autor:**

Andreas Speit

### **Redaktion & Interviews:**

Fabian Kaufmann

### **Layout:**

Janusz Beck, www.januszbeck.com

### **Lektorat:**

Hannes Stepputat, Maria Nowack

### **Bildnachweise:**

Stadtplan: OpenStreetMap nach Open Database Licence (ODbL)  
1.0, www.openstreetmap.de  
S.10 - 11, S. 16 - 17, S. 22 - 23, S. 30 - 31, S. 36 - 37, S. 42 - 43:  
Jannis Große, www.jannis-grosse.com

### **Stand der Informationen:**

Dezember 2023

### **Hinweis Symbole:**

In der Publikation verwendete Symbole, die nach §86 StGB verboten sind, werden ausschließlich zum Zwecke der Aufklärung im Sinne des §86a StGB Abs.3 verwendet.

### **Urheberrechtliche Hinweise:**

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt bei den Autor\*innen und Herausgeber\*innen. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

### **Haftungsausschluss:**

Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen und Herausgeber\*innen die Verantwortung.

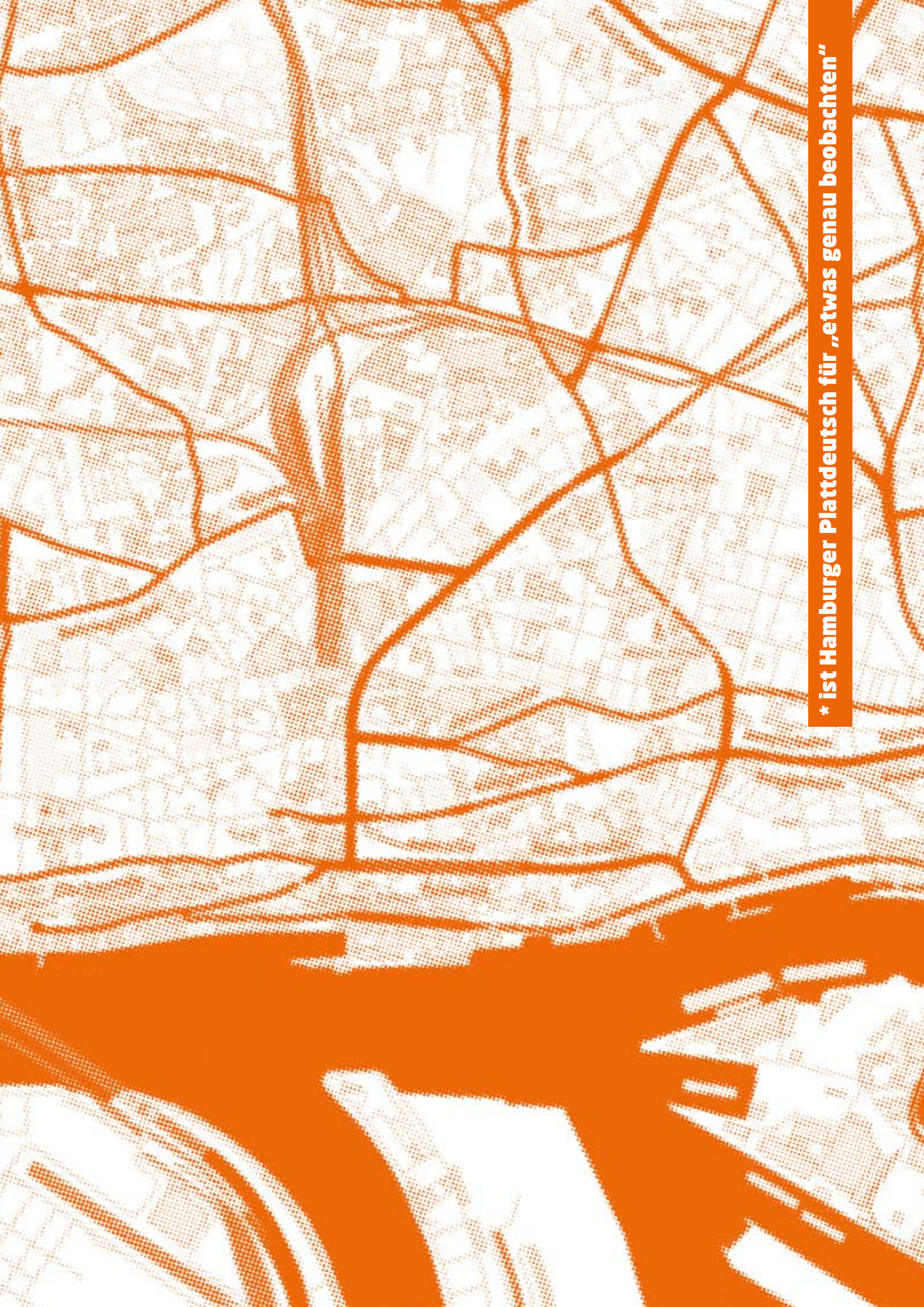
### **Ein Projekt von:**



### **Gefördert durch:**







**\* ist Hamburger Plattdeutsch für „etwas genau beobachten“**